

**B e s c h l u s s
des Beirates Neustadt
vom 17.12.2020**

zum Antrag „Corona in Schulen“ der Jugendinitiative Neustadt

Der Beirat Neustadt unterstützt die im beigefügten Antrag der Jugendinitiative formulierten Anliegen (siehe Anlage) und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung, diesen Rechnung zu tragen.

(einstimmig)

gez. Czichon

Annemarie Czichon
(Ortsamtsleiterin)

Antrag an den Stadtteilbeirat Neustadt

von der Jugendinitiative Neustadt

Die letzten Monate waren für Schüler*innen unglaublich anstrengend.

Das Anforderungsniveau während des Lockdowns wurde gehalten oder sogar gesteigert und die Abschlussjahrgänge müssen sich nun unter extremen Bedingungen auf ihre Prüfungen vorbereiten. Viele Schüler*innen haben Probleme mit dem WLAN, der technischen Ausstattung oder dem Stoff.

Als Schüler*innen aus der Neustadt, aus Bremen und als Teil der ganzen Schülerschaft Deutschlands stellen wir folgende Forderungen:

Weiterhin ist die psychische Belastung enorm, da junge Menschen gezwungen sind, viel Zeit zu Hause zu verbringen und dort oft verbaler oder körperlicher Gewalt ausgesetzt sind ohne einen Rückzugsort. Die Vorfälle von häuslicher Gewalt steigen immer weiter an und die allgemeine psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wird immer schlechter.

Aus diesen Gründen fordern wir, dass Schulen mehr soziale Unterstützung für ihre Schüler*innen anbieten und dafür entsprechend Personal und Mittel bekommen.

Die angekündigte Verteilung der Tablets ging viel zu langsam und ist immer noch nicht an allen Schulen erfolgt. Diese Schüler*innen sind jetzt abgeschnitten vom Unterricht und verpassen noch mehr Stoff als eh schon. Generell ist viel Stoff auf der Strecke geblieben oder nur begrenzt behandelt worden und trotzdem gab es keine angemessenen Anpassungen an die Abituranforderungen und Klausuren werden weiterhin in voller Klassenstärke geschrieben. Auch das Personal an Schulen ist oft unzureichend weitergebildet im Umgang mit technischen Geräten und Methoden, wodurch die Unterrichtsqualität leidet. Es sollte auch Personal geben, an das sich Schüler*innen mit technischen Fragen wenden können und die beim Umgang mit Digitalisierung beraten.

Wir fordern eine technische Ausstattung für alle Schüler*innen und verpflichtende Fortbildungen für alle Lehrer*innen. Außerdem fordern wir eine angepasste Bewertung von schulischen Leistungen aufgrund dieser extremen Ausnahmesituation.

Dass der Unterricht nicht normal geführt werden kann ist seit März dieses Jahres bekannt. Trotzdem werden keine langfristigen Planungen für alternative Unterrichtsmodelle gemacht und es ist Schulen nicht erlaubt, erfolgreiche Modelle ein- oder weiterzuführen. Sowohl für Schüler*innen als auch für Lehrer*innen ist das eine große Belastung, da man sich nicht angemessen vorbereiten kann. Auch ist die Teilnahme am Präsenzunterricht immer noch ein Risiko, zudem Schüler*innen nicht verpflichtet sein sollten.

Wir fordern eine langfristige Planung des Unterrichts zusammen mit den Schüler*innen und die Möglichkeit für Schulen, intern zu entscheiden, was angemessen und umsetzbar ist.